

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Kirsten Lühmann, Uwe Beckmeyer, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**  
– Drucksache 17/3430 –

#### **Logistikstandort Deutschland stärken – Transport- und Güterverkehr nachhaltig gestalten**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 17/3674 –

#### **Modellversuche mit Gigalinern beenden – Umweltorientierten Aktionsplan Güterverkehr und Logistik auf den Weg bringen**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den bereits durch den Masterplan Güterverkehr und Logistik angestoßenen Prozess einer integrierten Verkehrspolitik zur Stärkung des Logistikstandortes Deutschland konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln; die Attraktivität des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt in Deutschland zu erhöhen; die von der Bundesregierung geplante Erprobung von sogenannten Gigalinern im Rahmen eines bundesweiten Feldversuchs zu stoppen; ein eigenes Konzept zur Einbeziehung der externen Kosten im Güterverkehr zu erarbeiten; die beschlossene Änderung der Mauthöheverordnung zu Ungunsten von Euro-5-Fahrzeugen rückgängig zu machen; die Höhe der Mautharmonisierungsmittel auf dem im Mautkompromiss vereinbarten Niveau zu erhalten; die Lkw-Mauteinnahmen im Sinne des geltenden Mautgesetzes allen drei Verkehrsträgern (Straße, Schiene, Wasser) zugutekommen zu lassen; die bereits für das erste Halbjahr 2010 von der Bundesregierung angekündigte Überprüfung der Bedarfspläne für die Bundesfernstraßen und Bundesschienenwege zügig vorzulegen; die Bundesländer und alle betroffenen Verbände und Experten aus Unternehmen, Gewerkschaften, Politik, Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der Wissenschaft in die Umsetzung und

Fortentwicklung eines integrierten Güterverkehrskonzepts, wie es mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik vorgelegt worden ist, mit einzubeziehen und den neuen Aktionsplan Güterverkehr und Logistik in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den anderen Ressorts der Bundesregierung zu überarbeiten und als Beschluss der gesamten Bundesregierung erneut vorzulegen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den rechtswidrigen Versuch, einen bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern ohne Änderung des Straßenverkehrsgesetzes im Wege einer Ausnahmenverordnung durchzusetzen, aufzugeben; den bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern abzusagen und sich im EU-Verkehrsministerrat für die Beibehaltung der derzeitigen Maße und Gewichte für schwere Nutzfahrzeuge einzusetzen; einen Aktionsplan Güterverkehr und Logistik vorzulegen, der sich an den Zielen zur Senkung des Endenergieverbrauchs des Energiekonzepts der Bundesregierung bis 2020 und 2050 ausrichtet, der aufbauend auf den Zielen zur Senkung des Endenergieverbrauchs ambitionierte Ziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung für den Güterverkehr bis 2020 und bis 2050 benennt und der konkrete Vorschläge für die Kapazitätserweiterung für den Schienengüterverkehr macht.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3430 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3674 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3430.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3674.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/3430 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/3674 abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2011

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Winfried Hermann**  
Vorsitzender

**Thomas Jarzombek**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Thomas Jarzombek

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3430** in seiner 68. Sitzung am 28. Oktober 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Den Antrag auf **Drucksache 17/3674** hat er in seiner 71. Sitzung am 11. November 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den bereits durch den Masterplan Güterverkehr und Logistik angestoßenen Prozess einer integrierten Verkehrspolitik zur Stärkung des Logistikstandortes Deutschland konsequent fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln; die Attraktivität des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt in Deutschland zu erhöhen; die von der Bundesregierung geplante Erprobung von sogenannten Gigalinern im Rahmen eines bundesweiten Feldversuchs zu stoppen; ein eigenes Konzept zur Einbeziehung der externen Kosten im Güterverkehr zu erarbeiten; die beschlossene Änderung der Mauthöheverordnung zu Ungunsten von Euro-5-Fahrzeugen rückgängig zu machen; die Höhe der Mautharmonisierungsmittel auf dem im Mautkompromiss vereinbarten Niveau zu erhalten; die Lkw-Mauteinnahmen im Sinne des geltenden Mautgesetzes allen drei Verkehrsträgern (Straße, Schiene, Wasser) zugutekommen zu lassen; die bereits für das erste Halbjahr 2010 von der Bundesregierung angekündigte Überprüfung der Bedarfspläne für die Bundesfernstraßen und Bundesschienenwege zügig vorzulegen; die Bundesländer und alle betroffenen Verbände und Experten aus Unternehmen, Gewerkschaften, Politik, Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der Wissenschaft in die Umsetzung und Fortentwicklung eines integrierten Güterverkehrskonzepts, wie es mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik vorgelegt worden ist, mit einzubeziehen und den neuen Aktionsplan Güterverkehr und Logistik in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den anderen Ressorts der Bundesregierung zu überarbeiten und als Beschluss der gesamten Bundesregierung erneut vorzulegen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den rechts-

widrigen Versuch, einen bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern ohne Änderung des Straßenverkehrsgesetzes im Wege einer Ausnahmenverordnung durchzusetzen, aufzugeben; den bundesweiten Feldversuch mit Gigalinern abzusagen und sich im EU-Verkehrsmisterrat für die Beibehaltung der derzeitigen Maße und Gewichte für schwere Nutzfahrzeuge einzusetzen; einen Aktionsplan Güterverkehr und Logistik vorzulegen, der sich an den Zielen zur Senkung des Endenergieverbrauchs des Energiekonzepts der Bundesregierung bis 2020 und 2050 ausrichtet, der aufbauend auf den Zielen zur Senkung des Endenergieverbrauchs ambitionierte Ziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung den Güterverkehr bis 2020 und bis 2050 benennt und der konkrete Vorschläge für die Kapazitätserweiterung für den Schienengüterverkehr macht.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/3430 in seiner 34. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/3674 in seiner 34. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/3430 und 17/3674 in seiner 24. Sitzung am 23. November 2010 im Rahmen eines Gespräches mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, zum Thema „Fortentwicklung des Masterplans Güterverkehr und Logistik“ anberaten. In seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 hat er die beiden Anträge abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, der Antrag auf Drucksache 17/3430 sei bereits vorgelegt worden, bevor die Bundesregierung den Aktionsplan Güterverkehr und Logistik veröffentlicht habe. Eine Reihe von Kritikpunkten in dem Antrag seien aufgrund des Aktionsplans nicht mehr aktuell. Das Thema Ökologie nehme bei dem Aktionsplan sehr wohl breiten Raum ein. Wenn man allerdings davon ausgehe, dass sich der Güterverkehr in den nächsten Jahren verdoppeln werde, könne man nicht mehr von der Möglichkeit ausgehen, Verkehre rückzuverlagern, sondern es werde ein Verkehrswachstum geben und dies sei auch gut, denn Wirtschaftswachstum bedinge Verkehrswachstum. Der Aktionsplan besage ganz klar, dass man zwar bevorzugt auf Schiene und Binnenschifffahrt setze, man müsse sich dabei aber Ziele setzen, die man am Ende auch erreichen könne.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, ihr gehe es um eine integrierte Verkehrspolitik und sie sei der Meinung, dass geschlossene Finanzierungskreisläufe diesbezüglich kontraproduktiv seien und die LKW-Mauteinnahmen allen drei Verkehrsträgern zur Verfügung stehen sollten. Die Attraktivität des Schienen- und des Wasserverkehrs müsse erhöht werden. Die bisherige Überprüfung der Bedarfplanung für den Bereich Straße sei aus ihrer Sicht bei weitem nicht ausreichend, um die geringen verfügbaren Mittel für Infrastruktur sinnvoll zu verteilen. Bei der Schiene drücke sich die Koalition vor einer klaren Aussage, welche Strecken sie realisieren wolle. Man brauche einen neuen Aktionsplan, welcher alle Akteure gleichmäßig einbinde, die gesamtgesellschaftliche Frage der integrierten Verkehrspolitik beantworte und ebenso verbindliche Ziele vorgebe wie der Masterplan Güterverkehr und Logistik.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, die Bundesregierung verfolge eine integrative Verkehrspolitik und kümmere sich

um alle Verkehrsträger gleichermaßen, gemessen an deren Anteil am Gesamtverkehr. Sie wies darauf hin, dass in einer sozialen Marktwirtschaft die Wahl des Transportmittels die Entscheidung der verladenden Wirtschaft sei. Zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte sie aus, wer die vorhandene Infrastruktur effizienter machen wolle, müsse sich auch innovativen Fahrzeugkonzepten öffnen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. äußerte, integrierte Verkehrspolitik bedeute auch, zu prüfen, an welchen Stellen man welche Verkehrsbereiche unterschiedlich gewichten müsse. Der Aktionsplan Güterverkehr und Logistik werde den gegenwärtigen Herausforderungen überhaupt nicht gerecht. Man müsse auch das Thema Verkehrsvermeidung aufgreifen. Der Antrag der SPD-Fraktion bleibe an verschiedenen Stellen hinter dem zurück, was wirklich notwendig sei, um eine andere Art des Gütertransportes in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Konsequenz sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Aussage, was man auf jeden Fall nicht wolle, weil es diametral dem entgegenstehe, wo und wie man Verkehrsströme organisieren wolle.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, sie lehne die Zulassung von Longliner-LKW ab. Anders als die Koalitionsfraktionen wolle sie ihre Verkehrspolitik auch nicht an den Anteilen der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehrsaufkommen orientieren, sondern sie habe diesbezüglich einen Gestaltungsanspruch. Die Politik müsse sich auch darum kümmern, welche Auswirkungen ein Transport habe, z. B. auf das Klima, auf die Lebensqualität der Bevölkerung und auf die Energieressourcen. Diesbezüglich gebe es zwischen den einzelnen Verkehrsträgern erhebliche Unterschiede, weswegen sich die Politik nicht einfach am Status quo orientieren dürfe.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. den Antrag auf Drucksache 17/3430 abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 17/3674 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2011

**Thomas Jarzombek**  
Berichterstatter





